Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Ramona Storm

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Johann Müller

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 19/6595)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Abgeordneten Ramona Storm für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Ramona Storm (AfD): Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Es geht wieder um die Handys in Schulen. Die Älteren werden sich noch erinnern, es gab einmal eine Zeit, in der wir ganz ohne Handy lebten. Irgendwie funktionierte das auch. Noch etwas früher gab es eine Zeit, in der nicht einmal jeder Haushalt ein Festnetztelefon hatte.

(Michael Hofmann (CSU): Die Zeit des Volksempfängers! – Martin Behringer

(FREIE WÄHLER): Da ist die Erde auch noch eine Scheibe gewesen, gell!)

Kinder und Jugendliche können sich so ein mobilfunkfreies Leben überhaupt nicht vorstellen; denn heute scheinen viele Menschen mit ihrem Smartphone geradezu verwachsen zu sein. Aber bei Kindern müssen in deren eigenem Interesse Grenzen gesetzt werden. Kleine Kinder können oft mit einem Handy, Smartphone oder Tablet eher umgehen, als sie sprechen können.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Bevor sie sprechen können? – Interessant!)

So werden sie schon im frühesten Alter mit Gewaltvideos, Killerspielen, Aggressionen konfrontiert und wachsen damit auf, als wäre das etwas Normales. Dass das nicht gesund sein kann, leuchtet ein. Später in der Schule sind Handys und Tablets selbst-

verständliche Utensilien, was der Konzentrationsfähigkeit alles andere als förderlich ist.

Eine Studie aus dem Jahr 2023, die in der Wissenschaftszeitschrift "Nature" publiziert wurde, stellte fest, dass bereits die reine Anwesenheit eines mobilen Endgerätes im Raum oder im unmittelbaren Umfeld die Konzentrationsspanne und kognitive Leistung der Studienteilnehmer signifikant negativ beeinträchtigt. Zum Ablenkungsfaktor im Unterricht kommt noch der problemlose Zugriff auf alle möglichen Videos, auf Gewalt oder Spiele, Pornografie, Mobbing in sozialen Netzwerken.

Dass der Gesetzgeber hier nicht längst eingegriffen hat, ist ohnehin ein Armutszeugnis. Sicher, Schulen haben bereits jetzt das Recht, die Nutzung von Handys im Unterricht und in den Pausen zu untersagen. Im Klartext bedeutet das allerdings: Die Lehrkräfte haben den Schwarzen Peter, weil sich die Regierung wegduckt.

"12-Jähriger verprügelt Lehrerin" durften wir als Schlagzeile im "SPIEGEL" lesen. An einer Hauptschule hatte der zuvor bereits auffällig gewordene Junge – was auch sonst – seine Lehrerin mit Faustschlägen und Tritten attackiert. Er war auf die Straße gelaufen, sie hatte ihn aufgefordert zurückzukommen; das reichte für die Gewaltorgie.

Die Schlagzeile ist übrigens fast 20 Jahre alt, was eindeutig zeigt: Gewalt an Schulen ist kein neues Phänomen, sondern hat sich seit Langem angebahnt und seit der staatlich forcierten Masseneinwanderung noch drastisch verschärft.

In Bayern stiegen die Zahlen um fast 20 % von 2.228 im Jahr 2022 auf 2.645 Fälle im letzten Jahr. Schläge, Mobbing, Erpressung, bereits Zwölfjährige laufen in den Schulen mit Messern herum.

(Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Jetzt kommt wieder der gleiche Krampf, immer der gleiche Schmarrn!)

Seit Jahren fordern Lehrerverbände vom Gesetzgeber konsequente und flächendeckende Maßnahmen. Passiert ist bis jetzt wenig.

Nun sollen diese Lehrer und Lehrerinnen, die ohnehin schon immer häufiger Angriffen von Schülern ausgesetzt sind, also einen weiteren potenziellen Aggressionsträger liefern, indem sie die Verantwortung für einen vorübergehenden Smartphone-Entzug selbst übernehmen müssen. Vor allem Lehrerinnen sind betroffen, die von bestimmten Bevölkerungsschichten, die ich hier nicht näher nennen muss, aufgrund ihres Geschlechts nicht als Autorität akzeptiert werden – weder von Schülern noch von deren Eltern. Es soll sogar Väter geben, die sich weigern, mit weiblichen Lehrkräften überhaupt zu reden.

Als erstes Bundesland verbietet übrigens Brandenburg ab nächstem Schuljahr Handys im Unterricht für Grund- und Förderschüler der ersten bis sechsten Klasse. Die Schüler müssen die Handys vor dem Unterricht abgeben und bekommen sie bei Schulschluss zurück.

Die Bayern sollten hier folgen. Wir haben hier zwei Punkte: Die Konzentration der Schüler ist wieder auf den Unterricht gerichtet. – Lehrer sind nicht Gewalt und Aggressionen ausgeliefert, wenn sie die Handys einziehen; es gäbe dann nämlich eine Vorgabe, die Handys einzuziehen. – Vielen Dank. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Björn Jungbauer für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Björn Jungbauer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange auch so an wie die Kollegin Storm: Es gab einmal eine Zeit ohne die AfD, und auch diese Zeit ohne AfD war eine gute Zeit.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Was mich von Frau Storm fundamental unterscheidet: Ich versuche eine freie Rede und versuche natürlich auch, Sie alle zu überzeugen. Ich verweise aber natürlich auch

auf meinen Beitrag zu diesem Thema im Bildungsausschuss und auch hier im Plenum am 5. Juni. Ich glaube, es ist dazu schon sehr viel gesagt.

Wir haben jetzt Möglichkeiten. Man kann natürlich überlegen, diese fortzuentwickeln, aber nicht so, wie es Ihr Antrag tut. Ich glaube, es kommt stattdessen darauf an, dass wir die Eltern befähigen, ihren Kindern den Umgang mit Handys beizubringen. Ich glaube deswegen, dass die Sommerzeit für alle Eltern eine schöne Gelegenheit ist, mit ihren Kindern Zeit zu verbringen. Sie sollten sie nutzen und die Kinder nicht am Handy sitzen lassen.

Die Sommerferien stehen bald an, und ich glaube, sie sind auch für uns wichtig. Deshalb versuche ich, auch uns Zeit zu schenken. Ich verzichte jetzt auf weitere Ausführungen. Ich bitte aber alle darum, dass wir die Zeit, die ich Ihnen jetzt schenke, nicht damit verbringen, dann später mit dem Handy draußen zu sitzen. Wir sollten kommunizieren und uns austauschen und dann in eine gute Sommerpause gehen. Dann könnten wir nach der Sommerpause – so ist es ja auch in der Schule – wieder mit frischem Elan über Regelungen nachdenken. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Bravo! Sehr gut!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Müller von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Johann Müller (AfD): Herr Abgeordneter Jungbauer, finden Sie es richtig, dass Sie nach der Rede von Frau Storm, die ihre Rede vom Blatt abgelesen hat, hier vorne überheblich vortragen, dass Sie Ihre Rede frei halten?

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehen Sie mal in die Geschäftsordnung! – Michael Hofmann (CSU): Mal in die Geschäftsordnung reinschauen!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Das Wort hat der Kollege am Rednerpult. Bitte schön.

Björn Jungbauer (CSU): Natürlich ist das keine Überheblichkeit, sondern es ist einfach der Hinweis darauf, dass wir hier in diesem Hohen Haus, wenn ich die Geschäftsordnung richtig verstanden habe, frei reden. Natürlich habe auch ich sonst ein entsprechendes Hinweisblatt, auf dem ich mir ein bisschen was aufzeichne. Aber ich lese eben nicht ab.

Das war mein Hinweis, der auch vom Rest des Hohen Hauses hier so verstanden wurde und, glaube ich, auch Zustimmung erfährt. Das hat nichts mit Überheblichkeit, sondern mit einer Tatsachenfeststellung zu tun.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Christian Zwanziger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich meinem Kollegen Björn Jungbauer an. Wir haben im Ausschuss in der Sache diskutiert. Im Ausschuss ist die Diskussion – so muss man sagen – oft kürzer als das, was dann hier vorgetragen wird. Das werden die Kollegen aus dem Bildungsausschuss bestätigen können.

Am 5. Juni gab es dazu eine Debatte. Mein Kollege Benjamin Adjei hat auf vieles hingewiesen. Ich möchte noch einmal ein, zwei Aspekte betonen.

Sie sagen in Ihrer Begründung, zweiter Satz, dass bisher Schulen das alles regeln können. – Also, dann misstrauen Sie entweder Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern. Oder es ist schon alles geregelt. Dann brauchen wir es auch nicht zu ändern. Deswegen lehnen wir den Gesetzentwurf jetzt auch ab. Auch ich schenke Ihnen mehr Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Björn. Jetzt habe ich mich gar nicht getraut, mein Konzeptblatt mit nach vorne zu nehmen. So weit ist es schon gekommen.

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab, weil das ein Gesetz wäre, das kein Mensch braucht.

Punkt eins. Im BayEUG ist alles geregelt.

Punkt zwei. Sie gehen überhaupt nicht auf die Thematik "pädagogische Begleitung für die sinnvolle Nutzung des privaten Endgeräts" ein.

Punkt drei. Dieses Gesetz würde für die Schulen vor Ort zu einem wahnsinnigen Bürokratieaufwand führen. Jeder, der mehr Bürokratie, der mehr Belastung für die Lehrer will, der muss dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir werden ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben. – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Oh, jetzt freue ich mich schon.

Oskar Atzinger (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Brunnhuber, es wäre ja gerade weniger Bürokratie, wenn nicht jede Schule eine eigene Ordnung verfassen müsste, sondern wenn es eine klare gesetzliche Regelung gäbe.

Aber was sagen Sie denn dazu, dass der Bayerische Elternverband unseren Vorstoß, unsere Gesetzesinitiative lobt

(Michael Hofmann (CSU): Wirklich?)

und die demokratischen Parteien auffordert, einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf einzubringen?

(Michael Hofmann (CSU): Die Stellungnahme zeigen Sie mir mal!)

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Also, das kann ich so nicht verifizieren. Das ist das Erste.

Und das Zweite: Es würde sich echt einmal ein Blick ins BayEUG lohnen; da ist es nämlich wirklich gut geregelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen,

(Zurufe von der AfD: Oje!)

ich kann es auch kurz machen: Der vorliegende Gesetzentwurf nützt wirklich niemandem. Er zeigt vielmehr, wie verantwortungslos und rückwärtsgewandt die AfD-Bildungspolitik versteht. Sie wollen alle digitalen Endgeräte aus allen Schulen verbannen. Da kann ich nur sagen: So einfach ist die Welt leider nicht. Wir brauchen an unseren Schulen vielmehr Medienkompetenz, damit jedes Kind und jeder Jugendliche lernt, wie man mit digitalen Geräten umgehen kann. Meine Kollegen haben es schon gesagt; wir haben eine gute Regelung hier in Bayern. Die Schulfamilie bestimmt in Bayern, wann und wo digitale Endgeräte in den Schulen eingesetzt werden. Damit

kommen auch die Schulen vor Ort sehr gut zurecht. Mehr muss eigentlich nicht gesagt werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/6595 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.